

Gesetzliche Bleiberechtsregelung: Drohende Gefährdung der Kinder!

Öffentliche Stellungnahme von Ärzten und Psychotherapeuten im Hinblick auf die Innenministerkonferenz im November.

Als Ärzte/Psychotherapeuten sind wir besorgt um Familien, die bislang über Duldung in Deutschland leben. Unsere besondere Besorgnis gilt dabei Kindern, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind und hier feste soziale Bezüge haben. Im Gegensatz zu den Erwachsenen ist ihnen das Herkunftsland ihrer Familien einschließlich deren Sprache in der Regel fremd. Ausweisung bedeutet für sie nicht Rückführung, sondern Verlust von Heimat, Entwurzelung, für einige erneute Traumatisierung.

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz Mitte November, bei der endgültige gesetzliche Regelungen für diese Familien festgelegt werden sollen, zeichnet sich (laut Presseberichten) ab, dass Kindern, die bereits in Deutschland zur Schule gehen, ein Bleiberecht gewährt werden soll. Diese zunächst hoffnungsvoll erscheinende Regelung wird jedoch bislang (vom Bayerischen Innenminister) mit dem Zusatz versehen, dass sie nur für Familien gelten soll, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen - und daher für die meisten dieser Familien nicht in Frage kommt. Das Ausmaß des darin enthaltenen Zynismus zeigt sich angesichts der Tatsache, dass diese Situation erst durch die deutschen Behörden geschaffen wurde: sei es durch fehlende Arbeitserlaubnis oder einen Status, der feste Anstellungen fast unmöglich gemacht hat, da niemand wusste, wann eine Abschiebung bevorstand. Manche waren zu krank um arbeiten zu können. So erweist sich die hoffnungsvoll klingende Botschaft als verkappte Androhung einer Massenabschiebung. Den Kindern wird gesagt: „Natürlich habt ihr jetzt ein Bleiberecht – nur müssen wir leider eure Familie abschieben“.

Diese Planung enthält noch eine weitere Irreführung: das politisch immer wirksame Argument der Kostenentlastung für den Steuerzahler. Dabei wird verschwiegen, dass eine solche Massenabschiebung ihrerseits Kosten in der

Größenordnung von Millionenbeträgen verursachen würde - Gelder, mit denen u.a. Übergangregelungen bis zur finanziellen Unabhängigkeit der Familien geschaffen werden könnten.

Als Fachleute, die mit traumatisierten Kindern sowie mit Traumafolgen im Erwachsenenalter vertraut sind, warnen wir vor der sich abzeichnenden gesetzlichen Regelung. Nach den bislang vorliegenden Informationen wäre sie Auslöser für eine humanitäre Katastrophe. Noch besteht die Chance, dies abzuwenden, wenn alle Möglichkeiten genutzt werden. Nach dem November ist es zu spät.